

## **Grundsatzprogramm und Themen der kommunalpolitischen Arbeit für die Wahlperiode 2014 bis 2020**

### **Inhalt:**

- 1. Inklusion auf allen Ebenen**
- 2. Erhalt der Armin-Maiwald-Schule**
- 3. Transparenz in Stadt und Rat**
- 4. Radevormwald ökologisch sauber und ökonomisch effektiv**
- 5. Nutzung von alternativen Energien**

### **1. Inklusion auf allen Ebenen:**

Aus heilpädagogischer Sicht bedeutet das Wort Inklusion einen ganzheitlichen Zusammenschluss aller gesellschaftlichen Schichten mit Untergruppierungen und Minderheiten. Zu einer Gesellschaft, die den Einzelnen nicht aufgrund etwaiger Unterschiede ausgrenzt, sondern sich selbst zum Wohl für den Einzelnen so verändert, sodass der Einzelne mit seinen Besonderheiten ein normaler Teil der Gesellschaft wird und nicht mehr auffällt.

Darum fassen wir in unserem Programm alle sozial- und gesellschaftspolitischen Themen unter diesem Hauptbegriff der Inklusion zusammen, um zu verdeutlichen dass die Umsetzung nicht so schwer ist, wie sie im ersten Moment klingt, und um zu zeigen was alles zur Inklusion gehört. Dazu gehören für uns sowohl Familien wie auch Gleichstellungspolitik ebenso die Integration von ausländischen Mitbürgern und die Lebenssituation von Senioren, Kindern, Kranken, Menschen mit Beeinträchtigungen, eben genau von allen Menschen. An diesem Punkt fassen wir die Probleme zusammen, die uns in diesem Bereich in Radevormwald aufgefallen sind und bieten bürgernahe Lösungsansätze, die auf den Grundlagen unseres Verständnisses von „grüner Politik“, entstanden sind. Ziel ist es auch durch Förderung und besonderen Schutz von jungen Familien und Senioren so alle Bewohner (Gemeinschaft) direkt und indirekt zu erreichen und ein lebenswerteres Umfeld für sie zu schaffen. Dies kann kostenneutral und unter gezielten Einsatz von Mitteln erreicht werden. Besonders wichtig ist es, die Gemeinschaft zu leben und auch Eigeninitiativen zu unterstützen.

Inklusion auf allen Ebenen umfasst:

- a. Die Neubildung und Mitarbeit eines Integrationsrates / Ausschusses
- b. Barrierefreiheit in der Stadt und öffentlichen Einrichtungen / Gebäuden
- c. Zeichen für die Vielfalt und gegen rechtspopulistische Politik
- d. Wahl-, Wohn- und Lebenssituation für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen
- e. Radevormwald familienfreundlich gestalten – für alle Generationen

## **a. Neubildung und Mitarbeit eines Integrationsrates / Ausschusses**

Nach bisherigem Informationsstand wurde nach der letzten Kommunalwahl 2009 durch den Stadtrat ein Integrationsausschuss bzw. ein Ausländerbeirat gegründet, der sich speziell um die Belange und die Entwicklung von Strukturen von und für ausländische MitbürgerInnen kümmern sollte. Allerdings liegt die Arbeit dieses Organs seit mehreren Jahren still. Problematisch ist auch, dass viele ausländische MitbürgerInnen nichts von der Arbeit bzw. dem Bestehen dieses Ausschusses wussten und so auch keine Möglichkeit hatten aktiv mitzuarbeiten.

Wieso der Ausschuss seine Arbeit eingestellt hat bzw. keine Ergebnisse bringt, wissen wir nicht. Wir hörten jedoch viel Kritik von verschiedenen Seiten darüber, dass der Ausschuss zu unbekannt sei und für einige MitbürgerInnen die aktive Arbeit im Ausschuss blockiert würde, da angeblich die Mitglieder des Ausschusses unter sich bleiben wollten bzw. die verschiedenen Gruppen aus unterschiedlichen Kulturen nicht miteinander arbeiten wollten.

So konnten keine neuen Einflüsse eingebracht werden und es wurden keine Hilfen angenommen. Dies lag wohl auch an der wenig gemischten Besetzung des Ausschusses durch sowohl in- wie ausländische BürgerInnen, eines unübersichtlichen Konzeptes und zu geringer Unterstützung durch Mitarbeiter der Stadt.

Diese Kritik an der Arbeit des Ausschusses bietet „rechts“ orientierten Organisationen eine große Angriffsfläche und belastet das generelle Stadtklima und die Beziehungen von in- und ausländischen BürgerInnen zusätzlich. Dies alles führte in unseren Augen auch mit dazu, dass es keinen Widerstand seitens der Stadt gab, als in Dahlerau zwei Großfamilien aus EU-Ländern aus ihren Wohnungen „geschmissen“ / „vertrieben“ wurden, obwohl es vorher eine Erklärung gab, dass man sich im besonderen Maße um die Integration dieser Familien bemühen würde. Unser Anspruch ist es, EU-MitbürgerInnen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Erfahrungen sowie ihrer Kultur in unser Wertesystem einzubringen und dieses so mitzugestalten, dass alle davon profitieren können.

**Für alle Menschen ist das Asylrecht ein Grundrecht!**

Familien, die auf dieses Grundrecht angewiesen sind, müssen von uns mit Unterstützung und Verständnis begleitet werden. Nicht alle haben das Glück, wie wir seit über 60 Jahren in Frieden und Wohlstand leben zu können.

Darum wollen wir als BÜNDNIS 90 / Die Grünen in Radevormwald eine Wiedereinsetzung des Integrationsausschusses nach den Kommunalwahlen 2014. Dieser Ausschuss soll eine offene Diskussionsplattform bieten, die sich um die Belange ausländischer MitbürgerInnen bemüht, die gemischt besetzt ist und entsprechend von MitarbeiterInnen der städtischen Verwaltung (Gleichstellungsbeauftragte o.ä.) geleitet wird.

## **b. Barrierefreiheit in der Stadt und öffentlichen Einrichtungen / Gebäuden**

Wenn man durch Rade geht, ist es auffällig - zwar nicht für alle Menschen, die selber keine Beeinträchtigung haben bzw. nicht in diesem Bereich arbeiten, aber umso mehr für Menschen, auf die das zutrifft - wie wenig barrierefrei Radevormwald ist. Dazu gehört nicht nur, dass die wenigsten Ampelanlagen blindengerecht sind oder bei Planungen keine Orientierungshilfen für Blinde oder Sehbehinderte vorgesehen wurden.

Die wenigsten zentralgelegenen Restaurants bzw. Cafés in der Innenstadt haben einen Eingang, durch den Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, das Lokal betreten können. Ebenso fehlen fast überall behindertengerechte Toiletten genauso wie eine öffentlich zugängliche Behindertentoilette. Ferner gehört es auch dazu, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, an Sitzungen des Stadtrates oder der Ausschüsse teilzunehmen. Im Bürgerhaus geht das nur, wenn man sich selbst als „Last“ deklariert und dies rechtzeitig anmeldet, um den Lastenaufzug benutzen zu können. Für Menschen, die einen Rollator oder Rollstuhl nutzen müssen und an einem Ausschuss teilnehmen wollen, endet diese Möglichkeit bereits auf der Straße vor der Treppe des Hauses Burgstr. 8. Dies bedeutet u.a., dass diese MitbürgerInnen kein politisches Mandat ausüben können, wenn die Sitzungen in der Burgstraße stattfinden. Dies sind nur wenige Beispiele für ein großes Problem der Rader Innenstadt. Weitere Beispiele werden wir gezielt mit Aktionen aufzeigen.

Uns ist es wichtig, dass Inklusion in den Köpfen der Menschen anfangen muss. Dazu gehört auch die Akzeptanz des Selbstverständnisses, dass wirklich jeder Mensch die Möglichkeit haben muss, uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Es kann nicht sein, dass der Marktplatz, die Kaiserstraße und bald auch der Schlossmacherplatz für sehr viel Geld renoviert wurden oder werden, dabei aber die Barrierefreiheit bzw. die Zugänglichkeit der anliegenden Geschäfte und Lokale völlig außer Acht gelassen wird.

Uns allen muss klar sein, dass der demografische Wandel dabei besonders berücksichtigt werden muss. Uns ist es wichtig und uns ist klar, dass eine Aufarbeitung dieser Defizite sehr teuer ist und nicht innerhalb von kürzester Zeit geschehen kann, aber wir wollen, dass diesem wichtigen Thema endlich mehr Beachtung geschenkt wird.

Um schnelle Arbeitserfolge bei diesem Thema zu erzielen, wäre es wichtig den Integrationsausschuss zu einem Inklusionsausschuss zu erweitern, oder einen solchen zu gründen, welcher dann Lösungskonzepte für alle entwickelt, und der den anderen Ausschüssen beratend zur Verfügung steht. Dabei wird auch die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat als sehr wichtig empfunden, der in unseren Augen zu wenige Mitbestimmungsrechte in der Stadt hat.

### **c. Zeichen für die Vielfalt und gegen rechtspopulistische Politik**

Selbsterklärend für eine grüne Politik ist es, dass wir niemanden ausgrenzen wollen. Die Geschichte hat uns leider gezeigt, was nationalistisches, rechtsradikales und nationalsozialistisches Denken und Handeln anrichtet.

Auch heute und hier in Radevormwald gibt es leider immer noch viel rassistisches Handeln unterstützt durch eine nationalsozialistische Partei und deren Untergruppen. Wir dürfen nicht wieder zulassen, dass durch Propaganda, Lügen und Falschaussagen ausländische MitbürgerInnen oder Minderheiten in jeder Form für die Schicksale und Probleme anderer Bürger verantwortlich gemacht werden.

Wir müssen und wollen für mehr Kommunikation und gemeinschaftliches Handeln untereinander sorgen.

Dabei müssen wir auch darauf achten, dass sich Themen nicht vermischen, was rechts orientierte Parteien gerne für sich nutzen. Straftäter und Kriminelle, egal mit welchem Herkunftshintergrund, müssen nach geltendem Gesetz zur Verantwortung gezogen werden.

Wir dürfen dabei nicht mit Selbstjustiz arbeiten oder Gleiches mit Gleichem vergelten.

Nachbarschaftliche Hilfe in einer inklusiven Gesellschaft ist ein Wert, den wir gut finden. Aber eine Bürgerwehr, deren Mitglieder sich möglicherweise auch noch bewaffnen, ersetzt keine Polizei und behindert die Arbeit der Polizei im schlimmsten Fall.

Darum wollen wir mehr Polizeipräsenz für Radevormwald sowie mehr Angebote zur Aufklärung und Beschäftigung für Jugendliche. Außerdem möchten wir niemanden verteufeln, auch nicht fehlgeleitete oder manipulierte Jugendliche, die durch fanatische Erwachsene in rechtsradikale Organisationen gezogen werden. Die Stadt muss sich daher ebenfalls um Ausstiegsmöglichkeiten, Hilfs- und Wiedereingliederungsprojekte für jeden Jugendlichen bemühen, der in irgendeiner Form straffällig geworden ist.

Daran wollen wir gerne mitarbeiten und stehen dafür jederzeit zur Verfügung. Wir freuen uns sehr über die Arbeit des „Runden Tisches gegen Rechts e.V.“ und unterstützen diese Arbeit.

### **d. Wahl-, Wohn- und Lebenssituation für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen**

Wie bereits beim Punkt 1.b. (Barrierefreiheit) angesprochen, ist uns die Situation der Senioren ein besonderes Anliegen. Insbesondere durch den starken demografischen Wandel muss die Stadt Radevormwald mehr für ihre Senioren tun. Denn es ist sehr bedauerlich, dass es trotz mehrerer Heime für Betreutes Wohnen eine immer größer werdende Nichtversorgung und Vereinsamung von alten Menschen gibt. Auch die Situation in den Heimen ist oft problematisch, nicht individuell und zielgerichtet, da Heime auch immer unter dem Druck einer wirtschaftlichen Tragbarkeit stehen.

So werden sogar Grundrechte der Bewohner missachtet. Wir haben erfahren, dass bei der letzten Wahl (Bundestagswahl 2013) einige BewohnerInnen der Wohnheime nicht zu ihrem Wahlrecht gekommen sind, da das Personal schwach besetzt war und permanent unter Zeitdruck stand. Wahrscheinlich wird sich diese Situation auch bis zu den nächsten Wahlen nicht geändert haben. Dies darf man allerdings nicht dem Pflegepersonal vorwerfen. Aber nicht nur die Situation in den Heimen ist für unsere Senioren schwierig. Auch für die Senioren, die in ihrem Zuhause leben bleiben können, und ihren Familien stehen aktuell zu wenig Hilfsangebote von Seiten der Stadt zur Verfügung und darum müssen sie oft starke Einschränkungen hinnehmen. Darum wollen wir mit dem Seniorenbeirat zusammenarbeiten und dazu beitragen, dass deren engagierte Arbeit im Stadtrat mehr Gewicht und Anerkennung findet.

#### **e. Radevormwald familienfreundlich gestalten – für alle Generationen**

Es gibt immer weniger junge Familien in Radevormwald. Doch unsere Stadt hat viele schöne Seiten und bietet gute und ausreichende Arbeitsplätze, die durch den immer weiteren Ausbau der industriellen Wirtschaft auch weiter ansteigen. Aber woran liegt es, dass wir hier immer mehr Wohnungsleerstand in haben? Uns ist es wichtig auf die Bedürfnisse aller Menschen einzugehen, auch wenn das schwierig ist. Wichtig dabei ist, dass der Einzelhandel vor Ort mehr gestärkt wird, jedoch muss dieser auch vielfältig sein. Es muss Freizeitangebote und mehr Angebote für Kinder und Jugendliche geben. Damit meinen wir nicht nur die Betreuung der Kinder in Schulen und Kindergärten. Wir haben gute Sportvereine, wir hatten und haben teilweise noch gute Jugendvereine, die durch Kirchengemeinden gestellt sind. Wir haben auch gute Fachkräfte im Bereich der Jugendarbeit, aber zu wenige. Wir schätzen die Arbeit sehr, die Herr Kersting und sein Team und auch das Team der Jugendräume in all den Jahren für die Stadt Radevormwald und deren Kinder und Jugendliche geleistet haben. Aber gerade diese Arbeit muss ausgebaut werden. Wir können nicht alle Arbeiten in diesem Bereich auf ehrenamtliche TrainerInnen und BetreuerInnen in Vereinen abwälzen ohne diese engagierten MitbürgerInnen mehr und gezielt zu unterstützen. Die Stadt muss mehr für die Kinder und für die Eltern tun.

Dazu gehören u.a. auch annehmbare und bezahlbare Mietpreise. Nicht nur für mögliche Einzelhändler, sondern für jeden, der sich Eigentum kauft oder eine Wohnung mietet. Der Wohnungsleerstand in Radevormwald lässt sich nicht wegdiskutieren. Aber anstatt die Wohnungen, die wir haben, bezahlbar zu machen, werden neue Wohngebiete erschlossen, in denen die Mieten ebenfalls hoch sind. Und das, obwohl wir weiterhin keine Angebote für Familien und Kinder haben - jedenfalls keine, die nicht viel kosten.

So bietet das „life-ness“ eine nette Beschäftigungsmöglichkeit, aber nur für Familien, die es sich leisten können. Aus technischen Gründen wird nicht einmal Babyschwimmen angeboten.

Einige Spielplätze werden von der Stadt leider wenig beachtet und sind meist in einem schlechten Zustand. Klar ist, je weniger Möglichkeiten es für Kinder gibt, sich kreativ und altersgerecht zu beschäftigen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Kinder in Kreise geraten, die niemand wünscht. Denn leider sind Kriminalität, Drogenkonsum sowie Gewalt oder Ausländerfeindlichkeit immer noch ein großes Problem in Radevormwald.

Darum wollen wir gerne Ideen mit ausarbeiten, wie eine kreative und stressfreie Alltagsgestaltung für Kinder und junge Erwachsene aussehen kann und dann deren Ausführung überprüfen. Es soll sich für junge Familien lohnen in Radevormwald zu leben und zu arbeiten. Dafür muss eine entsprechende Infrastruktur vorgehalten werden.

Wandern und Radfahren sind dabei zwei wichtige Elemente. Die Stadt hat in diesem Bereich starke Ressourcen und auch in den letzten Jahren viel daran gearbeitet, dies wollen wir loben. Doch aus unserer Sicht ist das Potenzial des nachhaltigen „Naturtourismus“ in Radevormwald noch längst nicht ausgeschöpft.

## **2. Erhalt der Armin Maiwald Schule**

Wir sind für Inklusion, das haben wir bereits in unserem ersten Punkt ausführlich erklärt. Allerdings weicht unser Verständnis von dem der Landesfraktion unserer Partei und dem des Schulministeriums ab.

Inklusion darf nicht auf Kosten unserer Kinder gehen und darf nicht in den Schulen anfangen, sondern muss in den Köpfen von uns allen beginnen. Außerdem darf die Inklusion nicht als Deckmantel für Kosteneinsparungen im Schulsystem benutzt werden.

Wir sind gegenüber den skandinavischen Ländern und den Niederlanden entwicklungstechnisch 10-20 Jahre zurück, was die Umsetzung der Inklusion angeht. Man darf jetzt nicht glauben, nur weil Inklusion ein sehr gutes Prinzip ist, das man das so einfach übers Knie brechen kann. Sondern Inklusion ist ein langandauernder sehr kostspieliger Prozess, der wahrscheinlich nie zu einem Ende kommen kann, da sich die Gesellschaft und deren Mitglieder immer in einem Wandel befinden.

Darum ist es uns wichtig, zu erklären, dass wir der festen Überzeugung sind, dass eine Schließung der Armin Maiwald Schule und die dann zu schnelle Einbindung aller Schüler mit Förderbedarf in die so genannten Regelschulen ein Schritt in die falsche Richtung wäre.

Wir sind der Meinung, dass die Schule bereits jetzt großartige inklusive Arbeit leistet.

Alle SonderpädagogInnen werden an der Armin Maiwald Schule, zusätzlich an den verschiedenen Regelgrundschulen und an den weiterführenden Schulen eingesetzt, wo sie in den Bereichen Diagnostik, Beratung und Förderung tätig sind oder entlassene Schüler weiter betreuen.

Jedes Jahr schaffen es die LehrerInnen SchülerInnen aus verschiedenen Klassenstufen und mit verschiedenen Förderschwerpunkten in Regelschulen zu integrieren, um sie dort langfristig weiter zu beschulen. Dies ist auch der Ansatz der Schule; jedes Kind wird immer wieder individuell beurteilt und gefördert. Dieser individuellen Förderung ist es auch zu verdanken, dass alle AbschlusschülerInnen, die es nicht auf eine Regelschule geschafft haben, durch eine enge Kooperation mit dem Radevormwalder Arbeitsamt in berufsbildende Maßnahmen und Berufsschulen weitervermittelt werden, obwohl sie "nur" einen Förderschulabschluss haben. Dies ist für uns das wichtigste Zeichen für erfolgreiche Inklusion: dass sie in ihrem weiteren Leben nicht weiter aus der Gesellschaft herausfallen, sondern ein vollwertiger Teil der Gesellschaft werden.

Es wäre sehr schade und eine große Schande, wenn diese erfolgreiche Arbeit nicht weitergeführt werden könnte.

Darum wollen wir alles dafür tun, dass diese Arbeit gewürdigt wird und fortgesetzt werden kann.

### **3. Transparenz in Stadt und Rat**

Wenn man sich bei den Bürgern umhört, empfinden die meisten, dass sie nicht genug darüber informiert werden, welche Entscheidungen die Stadtverwaltung und/oder der Stadtrat treffen. Und sie finden, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Man fühlt sich betrogen, wenn man nach Jahren der Planung feststellt, wie viel Geld in Projekte geflossen ist, das dafür nicht vorgesehen war. Oftmals nur, weil die Bürger durch die entsprechenden Organe nicht rechtzeitig informiert wurden, um eventuelle „Einsprüche“ gegen Bauprojekte zu erheben.

Auch in unserer Wahrnehmung ist das undurchsichtige Vorgehen des Stadtrates und der Stadt als ausführendes Organ etwas, was so nicht vor dem Bürger und eigentlich auch nicht vor uns selbst zu verantworten ist. Ein Problem dabei ist, dass die Presse zwar bei vielen Ausschüssen und den Ratssitzungen anwesend ist, aber nicht über alles berichten kann, was in einer mehrstündigen Ratssitzung besprochen wird.

Wichtige Themen, die eventuell unangenehm werden könnten, von denen die Bürger also besser nichts wissen sollen, werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit besprochen und entschieden.

Doch sind nicht alle Ratsmitglieder gewählte Vertreter der Radevormwalder BürgerInnen? Müssten sie nicht alle so entscheiden, wie sie glauben, dass die Mehrheit der Bürger entscheiden würde?

Müssten sie nicht so entscheiden, wie sie es den Wählerinnen und Wählern versprochen haben und weswegen sie gewählt wurden?

Natürlich, das sollten sie.

Aber warum gibt es dann immer wieder viele Themen und Entscheidungen, die nicht an die Öffentlichkeit herangetragen werden? Weil man davon ausgehen müsste, dass die Bürgerinnen und Bürger sich über die getroffenen Entscheidungen beschweren werden.

Wir wünschen uns darum eine anhaltende Transparenz im Stadtrat. Damit meinen wir, dass Ausschuss- und Ratssitzungen größer angekündigt werden sollten, um so interessierten Bürgerinnen und Bürgern bessere Möglichkeiten zu geben, den Sitzungen beizuwohnen.

Außerdem wollen wir, dass sämtliche Themen, auch Themen der Finanzierung von Projekten, öffentlich besprochen werden, damit die Öffentlichkeit ein Verständnis davon bekommt, warum soziale Projekte, die angeblich zu teuer sind, abgelehnt werden, aber große Bauprojekte, die nur wenigen, meist privaten Investoren nützen, befürwortet werden.

Wir fordern darum auch mehr Transparenz bei der Ausführung und Umsetzung von Projekten. Dabei darf der Zwang, den Stadthaushalt bis zum Jahr 2022 auszugleichen (Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022), trotzdem nicht dazu führen, ökologische und ökonomische Fortschritte als reine Kosten zu betrachten und damit auszugrenzen.

Projekte müssen besser geplant werden (abgestimmter Projektplan mit Meilensteinen) und einem ständigen „Controlling“ unterliegen, ggf. auch auditiert werden. Ein Desaster wie beim Ausbau des Sportplatzes (Kostenerhöhung durch nicht eingeplanten Mehraufwand) und anderer Projekte muss zukünftig unter allen Umständen verhindert werden.

Dass der Stadtrat sehr undurchsichtig arbeitet, sieht man so auch in unseren Schulen. Wenn man SchülerInnen der Radevormwalder Schulen fragt, was in ihrer Stadt vor sich geht, wissen diese oft nicht Bescheid. Dies liegt aber nicht an den SchülerInnen selbst oder etwa deren LehrerInnen, auch nicht zwangsläufig am immer wieder gern vorgeschobenem Desinteresse der SchülerInnen oder dem (weil er von der „bösen“ Landesregierung entwickelt wurde) „schlechten“ Lehrplan.

Unserer Meinung nach liegt es an dem Desinteresse der Politik an unseren SchülerInnen. Nur vor den Wahlen wird, wenn überhaupt, eine Podiumsdiskussion in den Schulen durchgeführt, ansonsten nichts. Kinder und Jugendliche haben keinerlei Mitspracherecht und kein Organ, welches sich um ihre Belange außerhalb der Schulen sorgt. Sie werden nicht nach ihrer Meinung gefragt und, wenn sie sich auf ihre individuelle Weise über die Politik beschweren, wird ihnen im schlimmsten Fall der Mund verboten. Unser Ziel ist es, dass sich dies ändert.



Der Stadtrat und die Ausschüsse Jugend, Schule, Soziales und Kultur müssen mehr auf Kinder und Jugendliche eingehen und auch deren Meinungen in die Ideenentwicklung, Planung und Entscheidungsfindung mit einbeziehen. Außerdem müssen kreative Angebote seitens der Stadt und der Politik kommen, die Kommunalpolitik zu einem interessanten Unterrichtsthema werden lassen, und die nicht nur darauf abzielen, SchülerInnen als potentielle WählerInnen zu gewinnen.

SchülerInnen könnten so informiert werden und sich eher entschließen kreativ und engagiert an der sozialen Gemeinschaft ihrer Heimatstadt mitzuarbeiten, anstatt frustriert und wütend dafür zu sorgen, dass Kriminalität, Drogen, Hass und Gewalt weiteren Nährboden finden.

#### **4. Radevormwald ökologisch sauber und ökonomisch effektiv**

Dieses Themengebiet ist für uns als Umweltpartei wichtig und entsprechend groß. Wir versuchen auf die wichtigsten Punkte einzugehen. Wir erläutern uns aufgefallene Probleme und versuchen Lösungsideen zu erarbeiten.

**Problem:** Die Stadt hört nicht auf, bestehende Grünflächen (sowohl landwirtschaftlich genutzte als auch naturbelassene) zu erschließen = zu vernichten, um dort immer mehr industrielles Baugebiet oder neues Wohnungsbaugelände zu schaffen.

Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen und eines hohen Wohnungsleerstandes in manchen Stadtteilen, entstehen immer mehr neue Wohnungen. Auch schon lange brachliegendes Industriegelände wird in nur geringem Umfang wieder nutzbar gemacht.

**Ideen:** Stadtteile mit hohem Wohnungsleerstand attraktiver machen durch Stärkung des Einzelhandels, durch Unterstützung bei Mietpreisverhandlungen, durch Vermittlung von Wohnungen.

Stopp der Ausbreitung des Industriegebietes und intensivere Wiedererschließung brachliegender Industrieflächen. Mehr Ausgleichsfläche schaffen und diese vor allem vernetzen.

**Problem:** Trotz vieler Wohnungsneubaugelände in Radevormwald gibt es immer noch keine „Öko-Bau-Siedlung“. Obwohl diese Siedlungen den Personen, die sie bewohnen, dabei helfen, viel Geld zu sparen und ganz nebenbei sehr gut fürs Klima sind. Solarthermische Warmwasserbereitung (individuelle Anlagen im Einzelgebäude) z.B. ist äußerst wirkungsvoll, wird aber kaum angewendet. Dabei stehen in diesem Bereich im Gegensatz zu Solarstrom nach wie vor Fördermittel von Bund und Land zur Verfügung. Das weiß keiner und die Stadt macht keinen darauf aufmerksam.

**Ideen:**

- a. Förderung von/ Gespräche mit Investoren der Neubaugebiete, dort „Öko-Bau-Siedlungen“ zu errichten. Bessere Motivation und Informationen durch die Stadt für Privatleute, ihre Häuser entsprechend umweltbewusst zu bauen.
- b. Neue Baugebiete mit Blockheizkraftwerken ausstatten: Das mindert die Kosten des einzelnen Bauherrn und reduziert die Umweltbelastung in hohem Maße.
- c. Förderung von Begrünung der Dachflächen (insbesondere bei industriell genutzten Gebäuden) oder auch Begrünung geeigneter Fassaden. Das mindert den Lärm, erhöht die Sauerstoffmenge im Innenbereich und hat den Thermosflascheneffekt: im Sommer kühler, im Winter wärmer. Außerdem kann die Feinstaubbelastung reduziert werden.

**Problem:** Der immer größer werdende Leerstand von Geschäftsräumen in der Innenstadt, der „Weggang“ des Einzelhandels und die erschwerte Existenzneugründung durch zu hohe Mietpreise, Nebenkosten, hoher bürokratischer Aufwand und Hürden und zu wenig Unterstützung durch die Behörden.

**Ideen:** Behörden durch neues und/oder besser qualifiziertes Personal (Fortbildung) stützen.  
Einzelhandel fördern.  
Mietpreise deckeln.  
Existenzgründer mehr unterstützen.  
Bürokratische Hürden abbauen.

**Problem:** Extensive Landwirtschaft und Nutzung von Pestiziden.  
Landwirtschaft wird intensiviert und industrialisiert. Es werden immer mehr Pestizide eingesetzt, die sich auf alle Tiere und die Umwelt negativ auswirken. Oft werden zu viele Tiere auf zu wenig Fläche gehalten. Wir haben eine gut funktionierende Landwirtschaft in Rade, die wir aber auch nicht „zerstören“ wollen. Die Gülle der vielen Rinder darf nicht zusätzlich auf Flächen verteilt werden, die sowieso schon überdüngt sind. Dadurch werden ungezählte Pflanzen und Kleinlebewesen vergiftet. Überschüssige Gülle kann man verstromen. Wir werden in eine Situation kommen, in der die überschüssig aufgebrauchte Gülle bis ins Grundwasser vordringt oder über Oberflächengewässer in unsere Trinkwassertalsperren geleitet wird. Der schlimme Effekt ist dann eine starke Erhöhung der Nitratwerte, in den als Trinkwasser vorgesehenen Wasserressourcen.  
Nur durch teure und aufwendige Behandlung können dann wieder die Grenzwerte für Trinkwasser gehalten werden. Viele Wasserwerke kämpfen bereits heute mit diesem Problem, wir sollten verhindern, dass es auch bei uns zum Problem wird!

**Ideen:** Es gilt Landwirte zu unterstützen, indem lokale Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gefördert oder ermöglicht wird, wie etwa die Initiative "Bergisch pur". Auch auf diesem Weg kann unsere Umwelt geschützt werden.

**Problem:** Ständige Gefährdung oder Reduzierung von ökologisch wertvollen Ressourcen

**Ideen:** Enge Zusammenarbeit mit dem Bergischen Naturschutzverein (RBN) und anderen lokal tätigen Naturschutzvereinen ist anzustreben. Regelmäßige Abstimmung von kritischen Vorgängen oder geplanten Initiativen zum Schutz oder der Restaurierung von ökologisch wertvollen Ressourcen mit den betroffenen Interessengemeinschaften müssen stattfinden.

**Problem:** Es gibt zu wenig Brachflächen für Wildtiere und Wildpflanzen. Alles ist eingezäunt oder wird nutzbar gemacht (Forstwirtschaft, Landwirtschaft oder Bauflächen). Auch immer mehr ursprüngliche Wasserquellen und -läufe werden verbaut. Die Tiere weiden zu nah am Wasser, das dadurch erheblich belastet und entwertet wird. Die Wasserverbände haben immer höhere Kosten, um unser Trinkwasser aufzubereiten (siehe oben). Dabei ist das Bergische eines der großen Wasserreservoirs in Deutschland. Es gibt Viehtränken, wie sie in Trinkwasserzonen Pflicht sind. Nur wer setzt sie ein?

Wir Verbraucher zahlen jedoch die steigenden Wasserkosten! Die Großverbraucher haben günstige Sonderkonditionen, also keinen Anreiz zu sparen. Auch das ist Subvention, auch das an der falschen Stelle für die falschen Maßnahmen.

Alternative Landwirtschaft spielt hier regional eine viel zu geringe Rolle. Andere Länder haben schon zu 10 oder 20 % umgestellt. Auch hier fehlen die Anreize durch Förderung an der richtigen Stelle.

Land- und Forstwirtschaft führen quasi ein Eigenleben und stellen sich nicht der Gesamtverantwortung.

**Ideen:** Forst- und Landwirtschaft mit einbinden, Alternativen mit den Betroffenen besprechen.  
Ungenutzte Zäune finden und abbauen.

**Problem:** Mülltourismus und zunehmende Vermüllung von Waldflächen; mehrere Teilstücke in verschiedenen Wäldern werden regelrecht als freie Müllhalden von Unbekannten genutzt. Dies muss verhindert werden, existierende wilde Müllhalden müssen saniert werden. Die Entsorgung gehört zu den Pflichten des Grundstückseigentümers. Nur ist der oft selbst der Verschmutzer.

Aus Holland werden Gülletransporte nach Rade gefahren, um diese hier auf Wiesen auszubringen. Außerdem werden belastete Klärschlämme unkontrolliert auf Feldern verteilt.

Auch hier waren die bürokratische Wege lang.

**Ideen:** Schnellere Behördenarbeit durch zusätzliches Personal oder Qualifizierung des Personals.

Wenn die Stadt nicht dafür sorgen kann, den Mülltourismus und das Deponieren von Müll zu verhindern, dann muss sie die Verantwortlichen ermitteln und zur Rechenschaft ziehen.

Zusätzliche Gülleimporte gehören verboten.

**Problem:** Es werden durch Supermärkte, Discounter und teilweise durch Einzelhändler (Bäckereien) täglich sehr viele Lebensmittel vernichtet, die genießbar und nutzbar wären und durch die „Initiative Mittagstisch e.V.“ an Bedürftige verteilt werden könnten.

**Ideen:** Zusammenarbeit mit „Mittagstisch“.  
Stadtverordnete/Mitarbeiter der Stadt müssen mit den Läden verhandeln, um mehr Lebensmittel vor der Vernichtung zu bewahren und für die Stiftung zu bekommen.  
Es könnten öffentliche Schul- und Schulungsgärten entstehen in Zusammenarbeit mit den Schulen, der Tafel, der Stadt (Bauhof) und Gärtnern, in denen zusätzlich Lebensmittel für den „Mittagstisch“ und für Schulcafeterien hergestellt werden könnten.

## **5. Nutzung von alternativen Energien**

Ziel soll es sein, die Nutzung von Windkraft und anderen regenerativen Energien soweit zu fördern, dass man einen bestimmten Anteil des konventionellen Energieverbrauchs der Stadt durch alternative Energien ersetzt. Endziel ist eine 100%ige Nutzung von nicht fossilen Energieformen und der Ausschluss von Atomenergie in einem definierten Zeitraum. Die Stadt selber kann mit dem Einfluss auf die Stadtwerke dazu beitragen „grüne Energien“ auch im Portfolio der Stadtwerke anzubieten. Der Energieverbrauch der städtischen Betriebe kann als Vorreiter auch langfristig auf alternative Energien umgestellt werden. Möglicherweise können Initiativen speziell bei Neubaugebieten oder der Renovierung von existierendem Wohnbestand (z.B. durch Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, dezentrale Blockheizkraftwerke, Erdwärme, Solar- und Windenergie) mit Vorgaben der Stadt den Weg zum Umstieg ebnen. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (Beispiel: Wupperverband, Verwendung von Faulgasspeichern bei Überschuss von durch Sonnenenergie/Windkraft gewonnener elektrischer Energie) ist zu intensivieren. Wo Wasserenergie sinnvoll zu erzeugen ist, sollten alle Anstrengungen unternommen werden, diese auch zu nutzen.

Radevormwald, im Mai 2014

Für den Ortsverband Radevormwald, der Vorstand

Maya Benicke  
Sprecherin

Simon Bornewasser  
Sprecher

Elisabeth Pech-Büttner  
Kassiererin